

Haushaltsrede der CDU Fraktion zum Haushalt 2015

Ratssitzung 18. Dezember 2014

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kersting,
sehr geehrter Herr Kämmerer Nemeita,
verehrte Ratsmitglieder,
meine Damen und Herren!

In der Gemeindeordnung sind unter dem Abschnitt Allgemeine Haushaltsgrundsätze einige wichtige Punkte aufgeführt. Dort heißt es u.a.: „Der Haushalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Die Verpflichtung gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können.“ Jede Kommune ist also verpflichtet, ihre Haushalte auszugleichen. Im besten Falle durch die Aufwendungen übersteigende Erträge. Ein strukturell ausgeglichener Haushalt. Diesen von der GO geforderten „Normalzustand“ erreichen aktuell gerade einmal ein Zehntel der Kommunen in NRW. Oder, wenn das nicht möglich ist, zumindest durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage. Ein fiktiv ausgeglichener Haushalt. In der Gemeindeordnung heißt es weiter: „Wird bei der Aufstellung der Haushaltssatzung eine Verringerung der allgemeinen Rücklage vorgesehen, bedarf dies der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.“ Genau hier befinden wir uns in Eslohe und damit nur noch einen Schritt entfernt von der nächsten Stufe. Der Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, wenn in zwei aufeinanderfolgenden Jahren mehr als 5% aus der allgemeinen

Rücklage entnommen werden muss. Kann dieses Konzept nicht nachweisen, dass in den nächsten Jahren der Haushalt zumindest wieder fiktiv ausgeglichen gestaltet werden kann, regiert sofort das Nothaushaltsrecht. Jede Sonderausgabe muss dann von der Kommunalaufsicht genehmigt werden. Am Ende dieser Kette steht der von der Bezirksregierung eingesetzte Sparkommissar. Im Antrag der CDU-Fraktion zur Anpassung der Realsteuerhebesätze hatte ich bereits auf die Situation in Altena hingewiesen.

Hier ist der Haushalt schon Anfang Dezember verabschiedet worden. In der Vorlage zur Erhöhung der Hebesätze ist zu lesen:

„Gegen den erklärten Willen des Rates hat der Beauftragte des Landes NRW für die Stadt Altena in seiner Sitzung am 28.05.2014 eine Änderung des Haushaltssanierungsplans beschlossen und eine Erhöhung der Grundsteuer B und eine Erhöhung der Gewerbesteuer vorgesehen. So werden für die Grundsteuer B eine schrittweise Erhöhung von bisher 500 auf 766 in 2015 und 910 in 2016 verfügt. Bei der Gewerbesteuer von bisher 435 auf 445 in 2015 und 480 in 2016.

Ein Szenario, das ich mir für Eslohe nicht vorstellen möchte. Und doch steht auch die Gemeinde Eslohe am Rande der Haushaltssicherung. Die noch gute Perspektive im Haushalt 2014, die einen ausgeglichenen Haushalt ab dem Jahr 2016 in Aussicht stellte, hat sich wesentlich verschlechtert. Die Gründe für diese Verschlechterung sind klar zu benennen. Der Kämmerer hat die wesentlichen Punkte bei der Einbringung des Haushaltes benannt, die sich gegenüber dem letzten Jahr verändert haben: Verminderte Schlüsselzuweisungen, ein veränderter Zuweisungsschlüssel bei der Einkommenssteuer, steigende Aufwendungen für Flüchtlinge und eine erhöhte Kreis- und Jugendamtsumlage. Das sind für uns als kleine Kommune große Summen, die sich einer politischen Einflussnahme fast vollständig

entziehen. Wenn ich dann von Ihnen, Herr Beuchel, im letzten Jahr höre „So kann es nicht weitergehen“, dann ist das so herrlich einfach. Was haben Sie bei der Verabschiedung des letzten Haushaltes nicht alles zum Besten gegeben. So sind Sie schon länger mit dem plakativen Slogan unterwegs, die Gemeinde Eslohe müsse wachsen. So könne man mehr Grund- und Gewerbesteuern generieren und damit die Finanzprobleme lösen, ohne den Einzelnen zusätzlich zu belasten. Funktionieren wird das allerdings nicht! Und zwar aus mehreren Gründen. Zusätzliches Gewerbe und ein Bevölkerungswachstum in einer für das Steueraufkommen relevanten Größenordnung geht weit über das hinaus, was rein theoretisch in der Gemeinde Eslohe nötig wäre, um den Haushalt spürbar zu entlasten. Zudem folgt Zuwächsen im Steueraufkommen immer eine Abschöpfung durch reduzierte Schlüsselzuweisungen und erhöhte Kreisumlagebeiträge. Zusätzliche Erträge werden fast ausschließlich durch Hebesätze erzielt, die über den fiktiven Sätzen liegen. Diese Erträge verbleiben zu 100% bei der Gemeinde Eslohe. Nur durch die Anpassung in 2011 über die fiktiven Sätze hinaus, haben wir für den Haushalt Jahr für Jahr wichtige zusätzliche Summen erzielen können. Allein dadurch machen wir uns eben entgegen Ihrer Meinung, Herr Beuchel, gerade unabhängiger vom tatsächlichen Steueraufkommen, das gerade bei der Gewerbesteuer nicht eins zu eins planbar ist. Denn egal ob 2,8 Millionen oder 3,5 Millionen Gewerbesteuer in einem Jahr vereinnahmt werden, kann unabhängig von der gegenläufigen Wirkung im Folgejahr immer mit einem festen Betrag kalkuliert werden. Deshalb ist es für den Haushalt in Eslohe so wichtig, diese Erträge auch in den Folgejahren zu ermöglichen. Aber dazu später noch mehr.

Natürlich sollte Kommunalpolitik darauf ausgerichtet sein, neue Betriebe anzusiedeln und der abnehmenden Bevölkerung entgegenzutreten,

indem sich die Attraktivität der Gemeinde Eslohe als Wohn- und Arbeitsstätte weiter verbessert. Aber was machen wir denn seit vielen, vielen Jahren, wenn nicht genau das? Überlegen Sie doch einmal, welche Entwicklung die Gemeinde Eslohe genommen hat. Und die Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen. Nehmen wir nur vier große Themen:

1. Gewerbe und Einzelhandel

Die Politik der Gemeinde war immer darauf ausgerichtet, ausreichend freie Gewerbeflächen vorzuhalten. Beginnend mit den Gebieten Im Wennetal in Bremke und Auf der Hube in Cobbenrode, dann mit dem ersten Abschnitt Stakelbrauk in Bremke, gefolgt von den Flächen am alten Bahnhof in Kückelheim und aktuell im zweiten Teil des Gebietes Stakelbrauk. Der Gewerbestandort Gemeinde Eslohe hat sich nach und nach weiterentwickelt und bietet mittlerweile mit seinem Schwerpunkt in Bremke beste infrastrukturelle Voraussetzungen für die Betriebe.

Der Einzelhandel insgesamt wird durch das neue Einkaufszentrum gestärkt, indem Kaufkraft in die Gemeinde zurückfließt. Und die Versorgungsfunktion für die Güter des täglichen Bedarfs wird langfristig gesichert. Auch das war eine weitreichende, perspektivische Entscheidung für die Gemeinde Eslohe.

2. Daseinsvorsorge

Das Seniorenheim Störmanns Hof, das neue Feuerwehrhaus in Eslohe, Bereitstellung von Bauland in verschiedenen Orten und die Schulstandorte in der Gemeinde sind nur einige Beispiele für aktive kommunale Daseinsvorsorge.

3. Tourismus und Freizeit

Das Museum, das Esselbad, der Sauerland-Radring und das Radwegenetz insgesamt, der Sauerland-Höhenflug und alle anderen Wanderwege der Gemeinde, zahlreiche Kinderspielplätze, qualitativ

hochwertige Sportstätten, der neue Bikepark und die Renaturierungen der Wenne und Essel stehen für eine außerordentliche gute Entwicklung der gemeindlichen Freizeitangebote in den letzten Jahren. Positiv für Touristen wie Einheimische gleichermaßen.

4. Ehrenamt und Dorfentwicklung

Die Gemeinde Eslohe betreibt seit Jahren eine Familien-, Jugend-, Sport- und Kulturförderung, um das vielfältige ehrenamtliche Engagement in den zahlreichen Vereinen zu unterstützen und um für Familien ein besonders attraktives Umfeld zu schaffen. Die Dorfentwicklungsmaßnahmen in Wenholthausen, Bremke, Cobbenrode, Ober- und Niedersalwey, Kückelheim, Beisinghausen, Hengsbeck und Reiste, oftmals anteilig gefördert durch LEADER-Mittel und initiiert durch Ideen aus den Orten und Vereinen selbst, sind Beispiel genug für aktive Dorfgemeinschaften.

Bei dieser nachweislich guten und andauernden Entwicklung der Gemeinde Eslohe von einer fehlenden Strategie zu sprechen, wie Sie, Herr Beuchel, in Ihrer letzten Haushaltsrede, kann ich nicht verstehen.

Doch zurück zu den Finanzen. Es liegt doch auf der Hand, dass bei den Finanzen ein strukturelles Problem besteht, dass sich einer direkten Einflussnahme entzieht. Und nicht nur in Eslohe. In der Gemeinde Eslohe stehen wir im Vergleich zu anderen Kommunen doch immer noch viel besser da. Da müssen Sie nur in unsere direkte Nachbarschaft schauen: Sundern (Haushaltssicherungskonzept 2013 – 2022), Meschede (Haushaltssicherungskonzept seit 1995, von 2005 bis 2011 Nothaushalt, jetzt bis 2022 wieder Haushaltssicherung), Bestwig (Haushaltssicherungskonzept ab 2015) oder Olsberg (Haushaltssicherungskonzept seit 2011, fortgeschrieben bis 2022).

Das Gemeindefinanzierungsgesetz verfehlt es erneut, eine Verteilungsgerechtigkeit der Mittel zwischen dem kreisfreien und dem

kreisangehörigen Raum herzustellen. Auch ich zitiere aus der gemeinsamen Stellungnahme von Landkreistag und Städte- und Gemeindebund: „Die für einen Einwohner im kreisfreien Bereich und im kreisangehörigen Bereich zur Verfügung stehenden Ressourcen klaffen immer weiter auseinander. Über den kommunalen Finanzausgleich erfolgt eine sich verstärkende Umverteilung von Mitteln in den kreisfreien Bereich.“ Zitat Ende.

Innenminister Jäger höchst selbst gab im Jahr 2012 ein unabhängiges Gutachten zur Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Auftrag. Diese FiFo-Gutachten, benannt nach dem ausführenden Institut, dem Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut an der Universität zu Köln, liegt nun schon fast 2 Jahre vor. Die Umsetzung in Ausmaß und Art und Weise ist allerdings von absoluter Willkür geprägt bzw. sie zielt natürlich darauf ab, überwiegend die Teile des Gutachtens außer Acht zu lassen, die dem kreisangehörigen Raum zugutekommen. Alles leider wie immer, Herr Frenzel. Sprachen Sie nicht davon, so gute Kontakte nach Düsseldorf zu haben?!? Ich bin gespannt, ob Sie uns heute etwas von Ihrem Einsatz für den ländlichen Raum erzählen können. Sie werden gleich über die Anhebung des Flächenansatzes sprechen und über die Verbesserung des Quotienten bei Halbtagschülern gegenüber Ganztagschülern. Alles richtig und anteilig wichtig für Eslohe. Leider überwiegen die für uns negativen Auswirkungen des GFG 2015 mit den bekannten Wirkungen auf unseren Haushalt.

Neben der fehlenden Verteilungsgerechtigkeit im kommunalen Finanzausgleich werden den Städten und Gemeinden schon über Jahre keine für ihre Aufgaben auskömmlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Die Reduzierung der Verbundmasse in den 80er Jahren hat bereits der Bürgermeister bei der Einbringung des Haushaltes thematisiert. Umgekehrt ist es aber seit mehr als 30 Jahren geübte Praxis, immer

mehr staatliche Aufgaben auf die kommunale Seite zu verschieben und zwar ohne Beachtung des Konnexitätsprinzips. Die schon angesprochene Situation bei den zwingend notwendigen Flüchtlingshilfen ist hier nur ein Beispiel von Vielen, die Inklusion ein Weiteres. Die weltpolitische Lage lässt vermuten, dass die Flüchtlingszahlen weiter steigen werden. Ich teile eins zu eins die Aussage des Bürgermeisters, dass es sich bei der Flüchtlingshilfe um eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, die durch Hilfen von Bund und Land aufgefangen werden muss. Weitere Zugeständnisse des Bundes sind in der letzten Woche verabschiedet worden. Vehement zu kritisieren ist, dass NRW diese Hilfen allerdings nicht eins zu eins an die Kommunen weiterleiten wird. Ein fairer Umgang sieht anders aus.

Auch wenn die FDP mit mancher Aussage den Eindruck erweckt, es gebe noch große Einsparpotentiale im Esloher Haushalt, fehlt doch die Belastbarkeit dieser Aussagen. „Schlanke Verwaltung“ ist in dieser Hinsicht ein ganz toller Begriff. Beim Bauhof ist eine Unterbesetzung sogar gutachterlich bestätigt und auch die Gemeindeverwaltung selbst ist doch keinen Personaleinsparungen zugänglich. Die Aufwendungen der Gemeinde sind seit Jahren einem stetigen Konsolidierungsprozess unterworfen worden. Die kommunalen Pflichtaufgaben sind zu erledigen. Da gibt es keine Spielräume. Und dafür bedarf es einer angemessenen Personalausstattung. Nur ein Sparkommissar, der ausschließlich den von der GO geforderten Haushaltsausgleich zum Ziel hat, wird noch einige Einsparmöglichkeiten sehen:

So können wir zum Beispiel aufhören auszubilden, wir können das Esselbad und das Museum schließen, die Tourismusförderung insgesamt einstellen und die Familien-, Sport-, Jugend- und Kulturförderung auf Null setzen. Aber wollen wir das? Die CDU-Fraktion

will das Alles nicht und Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen, sicherlich auch nicht.

Die für 2015 im Ergebnisplan aufgeführten Aufwendungen von rund 16,6 Millionen Euro erlauben nur zu einem minimalen Anteil einen Zugriff durch politische Entscheidungen. Das mag ernüchternd für jeden Kommunalpolitiker klingen, aber jede andere Bewertung ist allenfalls populistisch.

Und auf der Einnahmeseite sieht es nicht viel anders aus. Wie schon eingangs ausgeführt, ist das Steueraufkommen hier vor Ort nur marginal zu beeinflussen, und auch die Höhe der Landeszuweisungen wird nicht in Eslohe sondern in Düsseldorf entschieden. Davon unbenommen werden wir nicht nachlassen, auf die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen durch Land und Bund hinzuweisen. Die strukturellen Defizite können nicht immer wieder auf die Bürgerinnen und Bürger und die Betriebe abgewälzt werden. Hier bedarf es endlich grundlegender Veränderungen.

Gerade deshalb haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen lange gerungen, wie mit der Anpassung der Realsteuerhebesätze verfahren werden sollte. Durch die Erhöhung der fiktiven Realsteuerhebesätze im GFG 2015 durch die Landesregierung ist die Gemeinde Eslohe gezwungen, ihre Hebesätze anzupassen. Andernfalls lägen zumindest im Bereich der Grundsteuern die gemeindlichen Sätze unterhalb der fiktiven Hebesätze, was einem bewussten Verzicht auf Zuweisungen des Landes bedeuten würde. Die Hebesätze nicht anzupassen, ist deshalb keine wirkliche Alternative.

Die im Antrag der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Hebesätze fallen uns nicht leicht. Wir halten sie allerdings vor dem Hintergrund der Erhöhung der fiktiven Sätze durch das Land und der finanziellen Gesamtsituation der Gemeinde Eslohe für geboten und noch vertretbar. Die Erhöhung bei

der Grundsteuer B um 30 Punkte entspricht einer prozentualen Erhöhung von 7,2%. In Euro ausgedrückt ergibt sich folgende zusätzliche Belastung für die Bürgerinnen und Bürger:

Für eine Eigentumswohnung von etwa 85qm ergibt sich eine jährliche Mehrbelastung von 14,81€. Für ein Zweifamilienhaus mit 200qm ergibt sich für beide Familien zusammen (und dann ggf. im Mietverhältnis anteilig übertragen) eine jährliche Mehrbelastung von 33,85€.

Wir sind uns bewusst, dass dies zu vielen anderen Belastungen wie Strompreiserhöhung, Gebührenerhöhungen, etc. noch dazu kommt. Aber noch einmal: Wir halten diesen Schritt für nötig, wenngleich wir betonen, dass wir einer Erhöhung in der mittelfristigen Finanzplanung nicht nochmals zustimmen werden.

Da wir der Meinung sind, dass auch die Unternehmen und Betriebe einen gewissen Anteil an der Verbesserung der Finanzsituation tragen sollen, plädieren wir ebenfalls bei der Gewerbesteuer für eine maßvolle Anpassung der Hebesätze auf nunmehr 445, auch vor dem Hintergrund, die Differenz zum fiktiven Hebesatz zu erhalten.

Mit Ihrem Vorschlag, Herr Beuchel, verkennen Sie den Ernst der Lage. Den von Ihnen genannten Hebesätzen folgend ergeben sich für den Haushalt 2015 Mindereinnahmen gegenüber dem Verwaltungsvorschlag von fast 50.000€ und gegenüber dem CDU-Vorschlag von rund 100.000€. Bei dieser Summe davon zu sprechen, der Haushalt sei ohnehin „auf Kante genäht“ und diese Beträge haben insofern keine Relevanz, ist nicht nachzuvollziehen. Knapp ein Jahr zuvor prangern Sie lautstark an, dass die Gemeinde Eslohe mehr Geld ausgibt, als sie einnimmt. Und jetzt machen Sie Vorschläge, die das Defizit noch weiter vergrößern, ohne auch nur einen konkreten Vorschlag zur wirklichen Haushaltsentlastung geliefert zu haben. Noch ganz anders war Ihre Meinung vor vier Jahren. Im Jahr 2011 stimmten Sie mit Ihrer Fraktion

für eine Anhebung der Grundsteuer B auf einen Hebesatz von 438 und damit für einen Hebesatz weit über dem damals fiktiven Hebesatz von 413. Um genau zu sein, 25 Prozentpunkte darüber. Heute dreht sich Ihr Fähnchen plötzlich ganz anders, und Sie schlagen bei der Grundsteuer einen Hebesatz von 423 vor und damit keinen Punkt mehr, als der fiktive Hebesatz vorgibt. Wenn Sie sich nicht mehr erinnern, helfe ich Ihnen gerne mit einem Zitat aus Ihrer Rede im Jahr 2011. Es ging um einen Appell des Bürgermeisters an die Fraktionen im Hinblick auf die schlechte Haushaltssituation aufgrund des GFG 2011: „Im Wesentlichen formulierte Herr Bürgermeister Kersting, dass wir diese geänderten Rahmenbedingungen nicht aussitzen und auf den Faktor Glück hoffen können. Wir müssen die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer anheben, um langfristig planen zu können, und nicht von einem Jahr zum nächsten blind zu steuern. Das Ziel, die Eigenständigkeit zu erhalten und an unseren freiwilligen Leistungen festzuhalten, verlangt es, die „Eigenfinanzierungsquote“ der Gemeinde zu erhöhen und abzusichern. Die Haushaltssicherung ist nicht das Ziel der Verwaltung. Dafür haben Sie unseren Respekt verdient und wir unterstützen Sie in diesem Kurs, auch wenn es keine einfache Entscheidung ist und jeden einzelnen Bürger in der Gemeinde belastet. Aber: es ist Geld, welches wir für unsere gewünschten Strukturen einsetzen und zum großen Teil verbleibt dieses Geld in der Gemeinde.“ Zitat Ende. Gilt das für Sie heute nicht mehr? Gestern so und heute so. Wundertüte FDP, verlässliche Kommunalpolitik ist mit Ihnen nicht zu machen!

Sie verringern mit Ihrer Politik nochmals den Puffer zur Entnahme von 5% aus der allgemeinen Rücklage, entziehen dem Haushalt wichtige Steuereinnahmen, die vollständig in Eslohe verbleiben und führen die Gemeinde sehenden Auges in die Haushaltssicherung. Sie setzen damit die Eigenständigkeit der Gemeinde Eslohe und in diesem Zuge die

freiwilligen Leistungen für Kinder, Jugendliche und Vereine bewusst aufs Spiel. Der Ansatz der CDU-Fraktion ist, wie schon ausgeführt, ein gänzlich Anderer. Die SPD-Fraktion stellt sich mit ihrem Vorschlag der Verantwortung einer nachhaltigen Finanzpolitik, wenn auch mit einer anderen Gewichtung der Hebesätze. Das ist durchaus diskutabel, wobei wir die schon vorgestellte Gewichtung favorisieren, um den Gewerbestandort Gemeinde Eslohe nicht durch einen im Vergleich mit den Nachbarkommunen zu hohen Hebesatz zu gefährden. In dieser Hinsicht sei abschließend zu den Steuersätzen bemerkt, dass die Gemeinde Eslohe sich im Vergleich mit den Kommunen im Hochsauerlandkreis mit den von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Sätzen im Mittelfeld bewegen wird.

Einen ganz seltsamen Anstrich bekommt die Diskussion um die Steuersätze durch eine Verknüpfung mit geplanten Investitionen wie dem neuen Feuerwehrhaus in Eslohe. Die bereits im Haupt- und Finanzausschuss diskutierte Einwendung eines Bürgers stellt u. a. genau diese unsachliche Verbindung her.

Die Gelder, die für das Feuerwehrhaus verwendet werden, können nicht für einen Ausgleich des laufenden Haushaltes verwendet werden. Die Finanzierung wird durch die jährliche und angesparte Investitionspauschale sichergestellt. Diese Pauschale muss zwingend zweckgebunden für Investitionen eingesetzt werden. Die Finanzierung ist deshalb problemlos möglich, ohne den laufenden Haushalt (die Ergebnisrechnung) zu belasten noch schon vorgesehene weitere Investitionen zu beeinträchtigen. So erklärt sich auch der vermeintliche Widerspruch zwischen einer Millionen-Investition auf der einen Seite und einem Haushaltsdefizit in der laufenden Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe von rund 800.000€ auf der anderen Seite. Auch wenn das Feuerwehrhaus nicht gebaut würde, bliebe das Defizit in gleicher Höhe

bestehen. Umgekehrt werden Einnahmen aus Grund- und Gewerbesteuer nicht für Investitionen verwandt. Somit besteht überhaupt kein Zusammenhang zwischen dem Bau des Feuerwehrhauses und der Anpassung der Realsteuerhebesätze.

Eine Einlassung von Ihnen, Herr Beuchel, hat mich in dieser Hinsicht doch sehr irritiert. Sie kommentieren dabei im August den ersten Entwurf zum neuen Feuerwehrhaus besonders im Hinblick auf den gewählten Standort „Störmanns Wiese“. Ich zitiere: „Alles kostet deutlich mehr. Auch mögliche gewünschte Erweiterungen. Wir werden es die nächsten Wochen erleben. Ich denke aber, Mehrheitspolitik und Verwaltung werden eine Lösung finden. Am Ende ist es ja nur das Geld der Bürger... Wann sollen noch einmal Grundsteuer und Gewerbesteuer erhöht werden?“ Zitat Ende.

Sie suggerieren damit, dass aufgrund der Mehrkosten beim Feuerwehrhaus die Steuersätze in der Gemeinde Eslohe erhöht werden sollen. Entweder Sie haben die Systematik tatsächlich nicht verstanden oder Sie wollen durch falsche Zusammenhänge bewusst Stimmung machen gegen Verwaltung und Mehrheitsfraktion. Beides ist, wie ich finde, nicht besonders angemessen für Sie als Fraktionsvorsitzender.

Nach Verabschiedung der Planung zum neuen Feuerwehrhaus in Eslohe bleibt übrig, dass die FDP-Fraktion fast immer nur dagegen war. Das Verfahren zur Auswahl eines Architekturbüros haben Sie abgelehnt. Das durch ein unabhängiges Gutachten gestützte und von der Feuerwehr selbst klar favorisierte Grundstück lehnen Sie bis heute ab. Beide Entscheidungen haben Sie trotz vorhandenem mehrheitlichen Ratsbeschluss nach Monaten nochmals in Frage gestellt und erneut zur Abstimmung gestellt. Und der Verwaltung und dem Bürgermeister haben Sie schwere Fehler und Überforderung vorgeworfen. Sie haben durch all diese Kritik und den ganzen Wirbel um den unstrittig notwendigen

Neubau der Feuerwehr selbst einen Bärendienst erwiesen. Nur am Ende waren Sie auf einmal so begeistert, dass es Ihnen gar nicht schnell genug gehen konnte, der Planung zu zustimmen.

Schließlich ist auch nichts geblieben von Ihren Horrorszenarien. Die Kosten werden im abgesteckten Rahmen bleiben. Mehrkosten resultieren aus einem um rund 200qm aufgestocktem Raumprogramm und einer zusätzlichen 6. Mehrzweckhalle. Das war notwendig und ist fraktionsübergreifend Konsens gewesen. Denn die vorgesehenen Räume orientieren sich an den Pflichtaufgaben der gesamten Gemeindefeuerwehr sowie den speziellen Tätigkeitsfeldern des Löschzuges Eslohe.

Aber nicht nur das Feuerwehrhaus hat uns im zurückliegenden Jahr beschäftigt. In der Gemeinde wurde noch mehr gebaut. Die beiden Abschnitte der **Esselaue** haben schon mehrfach eine überaus positive Würdigung erfahren. Hochwasserschutz, Schaffung von Natur- und Lebensraum und gesteigertes Freizeiterlebnis seien als Stichworte genannt, gepaart mit einer Gesamtförderung von 80%. Durch die Initiative der CDU-Fraktion ist im Bereich der Esselaue ein neuer **Bikepark** entstanden. Dieses Projekt wurde durch LEADER-Mittel kofinanziert und ist durch die Mitarbeit vieler Jugendlicher konzipiert worden. Der Bikepark ist ein Zugewinn im schon ohnehin großen Freizeitangebot der Gemeinde Eslohe. In dieser Hinsicht ist auch der Rastplatz am Sauerlandrading in Kückelheim zu erwähnen. Initiiert durch die Dorfgemeinschaft und ebenfalls gefördert aus LEADER-Mittel ist hier ein neuer **Naturerlebnis-Rastplatz** entstanden, der den Sauerland-Rading in der Gemeinde Eslohe zusätzlich bereichert.

Umso wünschenswerter ist die erneute Beteiligung der Gemeinde Eslohe an der neu ausgeschriebenen LEADER-Periode.

So ähnlich wie das Warten aufs Christkind gestaltet sich der Baubeginn des **Einkaufszentrums** an der Tölckestraße. Der Rat hat bereits am 27. Juni 2013 gegen die Stimmen der SPD den Bebauungsplan geändert. Die Wiese ist zwar immer noch grün, aber an der Kreuzung in der Ortsmitte ist in den zurückliegenden Sommerferien ein großer **Minikreisverkehr** entstanden. Ausdrücklich möchte ich nochmals den reibungslosen Ablauf bei der Bauausführung und die außerordentlich gute Qualität der Arbeit herausstellen. Ein besonderes Lob auch an die Baubegleitung aus dem Esloher Rathaus. Das war alles in allem eine runde Sache mit dem Ergebnis einer Optimierung des Verkehrsflusses und der Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer. Allein dieser Umstand des fertiggestellten Kreisels verbunden mit einer erheblichen Kostenbeteiligung des Investors lässt mich nicht an der Umsetzung des Einkaufszentrums zweifeln. Die Errichtung des Minikreisverkehrs löste nach Fertigstellung interessante Bewertungen aus. So war zu lesen, die SPD habe den Kreisverkehr ja schon immer gewollt, nur die CDU-Mehrheitsfraktion habe das bisher abgelehnt und schmücke sich jetzt mit fremden Federn. Lieber Herr Frenzel, dazu bedarf es doch einiger Klarstellungen:

Als die SPD-Fraktion im Jahr 2000 einen Minikreisverkehr an dieser Kreuzung beantragt hat, hat die für diese Straße verantwortliche Behörde, der Landesbetrieb Straßen.NRW, eine derartige Umbaumaßnahme abgelehnt und nicht die CDU-Mehrheitsfraktion. Wörtlich heißt es in der entsprechenden Sitzungsvorlage 102/2001 vom 05.11.2001: „Mit Schreiben vom 02.10.2001 hat der Landesbetrieb Straßen.NRW das Ergebnis dieser Überprüfung mitgeteilt. Als Ergebnis der Überprüfung kann festgestellt werden, dass die Voraussetzungen zur Anlage eines Mini-Kreisverkehrs aufgrund der örtlichen Verkehrsverhältnisse nicht gegeben sind.“ Im Beschlussvorschlag hieß

es seinerzeit: „Der Rat beschließt aufgrund der vorliegenden Stellungnahme des Landesbetrieb Straßen.NRW, Meschede, die Planung zur Anlage eines Minikreisverkehrsplatzes zur Zeit nicht weiter zu verfolgen.“ Die Abstimmung erfolgte einstimmig bei 7 Enthaltungen. Daraus abzuleiten, die CDU-Fraktion habe eine Einrichtung verhindert, erschließt sich mir nicht.

Durch die zu erwartende Zunahme der Verkehrsdichte im Zuge der Planung des Einkaufszentrums an der Tölckestraße ist eine neue Sachlage entstanden. Erst dadurch war der Landesbetrieb bereit, den Kreuzungspunkt umzugestalten und diese Maßnahme auch zur Hälfte zu finanzieren.

Wäre der Rat der Gemeinde Eslohe allerdings den Beschlüssen der SPD-Fraktion gefolgt, dann gebe es immer noch keinen Minikreisverkehr in Eslohe. Die Umsetzung und Finanzierung war an die Aufstellung des Bebauungsplans an der Tölckestraße geknüpft. Eine Ablehnung durch den Rat hätte auch die Pläne für den Kreisverkehr scheitern lassen. Nach der Fertigstellung Lorbeeren für etwas beanspruchen zu wollen, was FDP und CDU beschlossen haben, ist schon ziemlich paradox.

Nun aber noch zu weiteren Schwerpunkten des Haushaltes 2015:

Straßen

Der Haushalt sieht insgesamt rund 670.000€ an Finanzmitteln für Straßenunterhaltung und den Straßenausbau vor. Diese Summe zeigt die große Bedeutung der gemeindlichen Straßen. Neben einer Summe von 120.000€ für Straßeninstandhaltungsmaßnahmen sind folgende größere investive Straßenausbaumaßnahmen vorgesehen: Ausbau der Sormeckestraße mit 107.000€, Ausbau der Straße Zum Hohenstein mit 300.000€ und die Erschließungsstraße Stakelbrauk mit 70.000€.

Schulen

Die Ausstattung der gemeindlichen Schulen und Turnhallen ist wie immer ein weiterer Schwerpunkt im Haushalt. So sind für Instandhaltungsmaßnahmen insgesamt 170.400€ vorgesehen. Hinzu kommen 82.800€ für Investitionen wie zum Beispiel die interaktive Tafeln für die Haupt- und Realschule. Die CDU-Fraktion begrüßt die stetige Verbesserung der Ausstattung der gemeindlichen Schulen. In Zukunft wird dies ein wesentliches Entscheidungskriterium sein, auf welcher Schule Eltern ihre Kinder anmelden werden. Jede sinnvolle Maßnahme zur Stärkung der Schulstandorte in der Gemeinde Eslohe ist deshalb ausdrücklich zu begrüßen.

Dorferneuerung

Entgegen der unsinnigen Festlegungen im Entwurf des Landesentwicklungsplans muss nach unserem Verständnis jeder Ort unabhängig von seiner Größe die Chance auf Weiterentwicklung haben. Deshalb begrüßen wir auch die im Haushalt eingestellten Dorferneuerungsmaßnahmen in Cobbenrode in 2015 und in Bremke und Wenholthausen in 2016.

Die CDU-Fraktion hat zudem beantragt, für Niedersalwey ebenfalls Mittel in diesem Produkt einzustellen. Wir sprechen uns für 2015 für eine Summe von 3.000€ zwecks Verkehrssicherung an der Böschung am Rand des Schützenplatzes aus. Der Antrag des Heimat- und Fördervereins soll durch 10.000€ in 2016 und 25.000€ in 2017 schrittweise umgesetzt werden können. Wie in der 2. Ergänzungsvorlage erläutert, ist es mittels Verpflichtungserklärung möglich, dem Wunsch des Heimat- und Fördervereins zu entsprechen, 10.000€ auch schon im Jahr 2015 bereit zu stellen. Besonders positiv zu erwähnen ist hier der Antrag auf reine Materialkosten, da der Arbeitsaufwand vollständig selbst getragen werden soll.

Abschließend noch ein Ausblick auf weitere Schwerpunkte in der nächsten Zeit: Das angekündigte Sportstättenkonzept wird ein hohes Maß an Sensibilität erfordern, um allen Vereinen und Sportstätten in gleichem Maße gerecht zu werden. Die CDU-Fraktion spricht sich dabei für eine aktive Beteiligung der jeweiligen Vereinsvertreter aus. Die europaweite Ausschreibung der Abfallentsorgung wird heute Abend ihren inhaltlichen Aufschlag erfahren und Anfang des neuen Jahres in ihrer Ausgestaltung diskutiert werden. Das Verfahren zur Beteiligung am Entwurf des Regionalplans, Teilplan Energie, wird in der nächsten Woche enden. Es bleibt abzuwarten, wie die Bezirksregierung mit den zahlreichen Eingaben umgehen wird und inwieweit die aktuell für die Gemeinde Eslohe vorgeschlagenen Vorrangzonen für Windkraftanlagen Bestand haben werden oder der Plan Änderungen erfahren wird. Und die Auswertung der Organisationsuntersuchung am Bauhof zwecks Einleitung von Maßnahmen steht immer noch aus. So wird es ein spannendes Jahr 2015, nicht zuletzt aufgrund der vielen finanziellen Unwägbarkeiten, die uns jedes Jahr aufs Neue die Haushaltssituation werden bewerten lassen müssen.

Im Namen meiner gesamten Fraktion bedanke ich mich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung für die offene, vertrauensvolle Zusammenarbeit und die Unterstützung der politischen Arbeit, insbesondere durch die Verwaltungsspitze in Person des Bürgermeisters Stephan Kersting und des Kämmerers Michael Nemeita. In der inhaltlichen Diskussion in Rat und Ausschüssen setzt die CDU-Fraktion auf ein gutes Miteinander mit allen Ratskolleginnen und –kollegen und Sachkundigen Bürgern. Der Wahlkampf ist schon lange vorbei, jetzt muss wieder ausschließlich die gute Sache, unsere liebens- und lebenswerte Gemeinde Eslohe, im Mittelpunkt stehen.

Unter Berücksichtigung des SPD-Antrages auf Ausweisung eines Platzes von Stellplätzen für Wohnmobile und unseren eigenen Anträgen wird die CDU-Fraktion dem eingebrachten Haushalt 2015 inklusive der eingestellten Veränderungen ohne Vorbehalte zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Eslohe, Rochus Franzen